

SoVD protestierte auf dem Aktionstag „umFAIRteilen“ Das Armutsrisiko in NRW steigt

Das nordrhein-westfälische Sozialministerium veröffentlichte einen neuen Sozialbericht, in dem die Armuts- und Reichtumsentwicklung im bevölkerungsreichsten Bundesland dargestellt wird. Die Schere zwischen denen, die immer mehr haben, und denen, die kaum über die Runden kommen, öffnet sich demnach immer weiter. Von Armut betroffen sind insbesondere junge Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten. Der SoVD NRW fordert eine Umverteilung von oben nach unten. Dafür setzte er sich auch beim Aktionstag „umFAIRteilen“ am 29. September ein.

Immer mehr Einwohner Nordrhein-Westfalens gelten als arm. Mittlerweile sind darunter zunehmend junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren. Laut dem Sozialbericht waren im vergangenen Jahr rund 2,8 Millionen Menschen einkommensarm, davon 643 000 Jugendliche. Ein Jahr zuvor waren noch rund 200 000 Personen weniger von Armut betroffen. Der Anstieg dieser sogenannten Armutsrisikoquote von 14,7 auf 15,8 Prozent liegt zwar im westdeutschen Trend; er zeigt aber, dass immer mehr Menschen von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt werden.

Als „einkommensarm“ gelten Menschen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Durchschnittseinkommens beträgt. Dieses lag im Jahr 2011 bei 1395 Euro netto pro Monat. Demzufolge ist jemand, der in einem Ein-Personen-Haushalt lebt, arm oder armutsgefährdet, wenn er monatlich weniger als 833 Euro zur Verfügung hat.

*Immer mehr
junge Menschen
sind armutsgefährdet*

*Jeder Fünfte
arbeitet zum
Niedriglohn*

Ein weiteres Alarmzeichen ist der Anstieg der Niedriglohnquote. Diese lag in NRW Ende 2010 bei 20,4 Prozent. Das bedeutet: Jeder Fünfte arbeitete im Niedriglohnbereich. Zehn Jahre zuvor lag die Quote noch bei 16,3 Prozent. Sie ist innerhalb dieser Zeit also um mehr als vier Prozent gestiegen.

Dass insbesondere die jungen Menschen von Armut bedroht sind, zeigt sich auch daran, dass 2010 mehr als die Hälfte der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten, die jünger als 25 Jahre waren, im Niedriglohnbereich arbeitete.

Im Gegensatz dazu wuchs allerdings der Reichtum der Reichen: Während die Haushalte mit den niedrigsten Einkommen Verluste aufweisen, sind die höchsten Haushaltseinkommen überdurchschnittlich stark gestiegen. Außerdem verfügt das ärmste Fünftel der Bevölkerung über gar kein Vermö-

gen. Das reichste Fünftel der Bevölkerung dagegen besitzt nahezu drei Viertel des gesamten Privatvermögens.

Nach Auffassung des SoVD NRW kann die wachsende Armut nur durch eine gezielte Umverteilung von oben nach unten bekämpft werden. Im Bündnis mit Gewerkschaften und anderen Sozialverbänden macht sich der SoVD deshalb für eine einmalige Vermögensabgabe und eine Vermögenssteuer stark. Der Verband fordert außerdem die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und das Zurückdrängen von gering entlohnter und zumeist sozialversicherungs-

*Mehr Armut,
mehr Reichtum –
die Kluft wächst*

freier Beschäftigung wie etwa sogenannter Mini- oder Midijobs.

An den zentralen Protestveranstaltungen des bundesweiten Bündnisses „umFAIRteilen“, die am 29. September unter anderem in Köln und Bochum stattfanden, beteiligten sich auch die Kreis- und Bezirksverbände des SoVD-Landesverbandes NRW. Öffentlichkeitswirksam setzten sie sich so für mehr Verteilungsgerechtigkeit ein.



Reiche werden reicher und Arme werden ärmer: Für Verteilungsgerechtigkeit demonstrierten der SoVD und einige andere Organisationen gemeinsam am 29. September.

Energieberatung soll Stromsperre vermeiden

Immer mehr Menschen an Rhein und Ruhr können wegen der massiv gestiegenen Preise ihre Rechnungen für Strom und Gas nicht mehr bezahlen. Energieberater der Verbraucherzentralen sollen nun Betroffenen helfen, damit ihnen Energiearmut und Stromsperren erspart bleiben. SoVD-Landesvorsitzende Gerda Bertram fordert zudem bedarfsgerechte Regelsätze in der Grundsicherung.

Das Verbraucherschutzministerium NRW rief mit den Verbraucherzentralen und regionalen Energieversorgern ein Modellprojekt ins Leben, das Menschen mit Energieschulden helfen soll. In Aachen, Bielefeld, Köln, Krefeld und Wuppertal gibt es ab sofort die neuen Beratungsstellen. Angesiedelt sind sie bei den jeweiligen Verbraucherzentralen, die eine kombinierte Rechts- und Budgetplanung anbieten. Bei Bedarf gibt es konkreten Rat zum Energiesparen, um die Kosten langfristig zu senken. Für Haushalte mit geringem Einkommen ist die Beratung kostenlos. Ab Januar sollen weitere Angebote in Bochum, Dortmund und Mönchengladbach folgen. Bei einigen davon wird auch die Caritas mit im Boot sein: Sie schult derzeit Langzeitarbeitslose zu Stromsparehelfern um, die Hausbesuche mit individuellem Stromsparcheck anbieten.

Der SoVD NRW begrüßt zwar das Projekt zur Bekämpfung der Energiearmut. Gleichwohl kritisiert Landesvorsitzende Gerda Bertram, dass den Betroffenen mit Energie- und Schuldnerberatung allein nicht zu helfen sei: „Wir brauchen auch eine bedarfsgerechte Neuberechnung der Regelsätze. Denn der Anteil, der darin für Strom gedacht ist, entspricht längst nicht mehr der Realität. Dazu kommt, dass viele bedürftige Haushalte nur über energieintensive Altgeräte verfügen. Sie haben kein Geld für energieeffiziente Geräte. Das Stromsparen wird so nur bedingt möglich sein“, so Bertram.

Rund 120 000 Haushalten wurde 2010 der Strom abgestellt. Für die Betroffenen bedeutet das nicht nur eine extreme persönliche Notlage. Ihnen stehen oft wochenlange Ämtergänge und teure Mahnverfahren bevor.



Die zentralen Veranstaltungen zum bundesweiten Aktionstag „umFAIRteilen“, zum Beispiel in Bochum und Köln, zogen Zehntausende an. Auch der SoVD NRW forderte öffentlichkeitswirksam eine Umverteilung von oben nach unten.